

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
 MARIA PAULA LEON  
 MARGARITA CUERVO

Mai 2017

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

## “Dieses Gesetz kommt hier nicht an”

Kolumbien zwischen Anspruch und Wirklichkeit

**Der kolumbianische Staat hat seit seiner Gründung versucht ein effizientes Regierungssystem aufzubauen, das eine souveräne Präsenz im ganzen Land ermöglicht und in der gesamten Bevölkerung akzeptiert ist. Trotzdem bestehen auch heute, nach über 200 Jahren, immer noch strukturelle Probleme, die eine Konsolidierung des staatlichen Apparates verhindern und seine Regierungsfähigkeit begrenzen. So bezieht sich der umgangssprachliche Ausdruck „Esa ley aquí no pegó“ darauf, dass einige landesweite Gesetze in manchen Gebieten Kolumbiens wegen der regionalen Besonderheiten nicht akzeptiert und umgesetzt werden.**

**„Inflation“ von Gesetzen und ihre negativen Auswirkungen auf die effiziente Arbeit des Staates: manchmal wäre weniger mehr**

Die kolumbianische Verfassung von 1991 gilt als diejenige, die in der Geschichte des Landes die meisten Rechte garantiert. Außerdem wird der kolumbianische Staat hier erstmals als sozialer Rechtsstaat definiert.

Die Gesetzgebung ist jedoch eine Sache, die Realität der Umsetzung und der Lebensumstände der Menschen aber eine andere, vor allem was das Recht auf Gesundheitsversorgung, Erziehung und die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen (Strom, Gas, Wasser) betrifft. So haben zum Beispiel ca. 28% der Landbevölkerung, rund 3,1 Millionen Personen, in Kolumbien keinen Zugang zu Trinkwasser, ca. 18 Personen sterben täglich an Unterernährung und nur 70% der

Kinder im Grund- und Hauptschulalter sind an einer Schule angemeldet – der Anteil derer, die ihre Schulausbildung beenden ist noch wesentlich geringer. Auch hinsichtlich der Gesundheitsversorgung ist die Lage nicht besser. Nach Aussage des „Procurador General“, Fernando Carrillo “tötet die Korruption im Gesundheitssektor mehr Menschen als der bewaffnete Konflikt”<sup>1</sup>.

Dieses Auseinanderklaffen von Wirklichkeit und Gesetzesanspruch wird noch verstärkt durch eine übertriebene Produktion von neuen Gesetzen und Normen, die in den letzten Jahren das System weiter verkompliziert haben. Allein in den letzten neun Jahren wurden von der Legislative 552 neue Gesetze und vom Präsidenten 23.510 Dekrete verabschiedet bzw. erlassen; das entspricht einem jährlichen Zuwachs von 61 Gesetzen und 2.938 Dekreten<sup>2</sup>. Gemäß einer jüngsten Untersuchung ist diese “Inflation” an Gesetzen zum Teil darauf zurückzuführen, dass in Kolumbien die Qualität der Arbeit eines Abgeordneten daran gemessen wird, wie viele Gesetzesvorlagen er eingebracht hat und wie viele davon verabschiedet wurden und nicht daran wie effizient seine Arbeit war. Dadurch wurde und wird die Handlungsfähigkeit des Staates stark beeinträchtigt

Viele der neuen Normen machen überhaupt keinen Sinn, sind total überflüssig, praktisch nicht umsetzbar oder widersprechen sich untereinander. Eine neue Studie bestätigt,

<sup>1</sup> El Tiempo. 28.03.2017. “Corrupción en la salud mata más gente que el conflicto armado”, verfügbar unter: <http://www.eltiempo.com/justicia/investigacion/procurador-habla-sobre-la-corrupcion-en-salud-72374>

<sup>2</sup> Hernán Alejandro Olano (2017), “La obsolescencia de algunas leyes en Colombia. Entre la racionalización y la cultura de la legalidad”

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARIA PAULA LEON  
MARGARITA CUERVO

Mai 2017

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

dass mindestens jedes dritte Gesetz, das vom Kongress verabschiedet, wird nutzlos oder nicht im gesamten Land anwendbar ist<sup>3</sup>. Außerdem existieren in der kolumbianischen Gesetzgebung noch Vorschriften, die z.B. die Freiheit von Bienen, die Vererbung einer Kutsche oder einer Viehherde regeln<sup>4</sup>; das bezieht sich offensichtlich noch auf ein koloniales Umfeld und nicht auf die aktuelle Situation im 21. Jahrhundert.

Obwohl die kolumbianische Regierung sich bemüht, Instrumente zur Rationalisierung, Vereinfachung oder Eliminierung von Verwaltungswegen zu fördern<sup>5</sup>, ist die Verwaltung ineffizient und sehr kompliziert. Eigentlich müsste der Staat 20 Gesetzes-sammlungen, 16 Statuten und über 15.000 Gesetze neu überdenken<sup>6</sup>.

Es scheint also, dass die Absichten und die Arbeit der kolumbianischen Legislative, sprich des Kongresses, die Kapazität der Exekutive, also der Regierung, zu einer angemessenen Reaktion und Durchführung der erlassenen Gesetze übersteigen. Das Umweltgesetz von 1993 ist ein klares Beispiel dafür. Auch wenn das Gesetz alle notwendigen Prinzipien der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung aus 1991 beinhaltet, wurde die praktische Umsetzung durch eine Vielzahl von Normen, Akteuren und Mechanismen für Planung und Durchführung behindert. Das hat dazu geführt, dass oft nicht klar ist, wer wofür verantwortlich ist und in anderen Fällen gibt es mehrere Verantwortliche, die nicht entsprechend reagieren<sup>7</sup>.

<sup>3</sup> Das bezieht sich vor allem auf die Anzahl von Gesetzen über Auszeichnungen und Ehrungen, die jährlich von der Legislative verabschiedet werden. Quelle: El Colombiano, 15.03.2017, "Las leyes más inútiles e inverosímiles de la legislación colombiana", verfügbar unter: <http://www.elcolombiano.com/colombia/politica/leyes-inutiles-en-colombia-EY6155723>

<sup>4</sup> ebenda (Olano, 2017).

<sup>5</sup> Zum Beispiel: Gesetz 962 aus 2005 (Antitrámites) oder das Dekret 0019 aus 2012.

<sup>6</sup> El Colombiano, 09.02.2017, "A desburocratizar Colombia", Marta Lucía Ramírez, verfügbar unter: <http://www.elcolombiano.com/opinion/columnistas/a-desburocratizar-colombia-LH5898195>

<sup>7</sup> Carlos Augusto Giraldo (2014), KAS Paper Nr. 19: "Diálogo ambiental: reforma a la legislación ambiental", verfügbar unter: <http://www.kas.de/wf/doc/14693-1442-1-30.pdf>

## Der bewaffnete Konflikt: Grund oder Symptom der schwerwiegenden Defizite der Regierbarkeit?

Ein weiteres strukturelles Problem ist, dass der kolumbianische Staat gewisse Schwächen zeigt, wenn es ums Regieren geht; das kann auch in gewisser Weise auf die Überproduktion an Gesetzen zurückzuführen sein. Die Situation ist sowohl in Regionen zu beobachten, wo staatliche Institutionen präsent sind, als auch in Regionen wo der Staat seinen Verwaltungsapparat bis dato noch nicht konsolidieren konnte.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass in Gebieten, wo der Staat nur zeitweise oder niemals präsent war, einige meist illegale Organisationen die Verpflichtungen des Staates „in die Hand“ genommen haben. Der bekannteste Fall war die FARC-Guerilla, die in einigen ihrer Einflusszonen eine mehr oder weniger funktionierende soziale Parallelordnung aufgebaut hatte. Diese regionalen „Parallelregierungen“ haben die Arbeit des Staates jahrelang ersetzt, so dass in einigen Regionen des Landes die staatlichen Institutionen als etwas Fremdes angesehen werden, die von den der lokalen Realität weit entfernt sind. Die FARC hat es in einigen Regionen geschafft, die Infrastruktur, das Gemeinschaftsleben, Grundstückskäufe, die wirtschaftliche Entwicklung und sogar politische und kulturelle Dynamiken zu beeinflussen. Daher liegt die Herausforderung für den kolumbianischen Staat nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC nicht nur darin, die demobilisierten Guerilleros bestmöglich in das zivile Leben einzugliedern, sondern alle sozialen Dynamiken, die bisher von einer parallel zur Staatsmacht laufenden Organisation organisiert wurden zu institutionalisieren und zu legalisieren<sup>8</sup>.

Jedoch ist die FARC nicht die einzige illegale Organisation, die quasi staatliche Verantwortung übernommen hat. Auch wenn die zweite Guerillagruppe ELN militärisch nicht so stark ist, so ist ihr Einfluss in der Gesell-

<sup>8</sup> Álamos y Daza (2015), "Seguridad en la transición y seguridad transicional", verfügbar unter: <http://www.kas.de/wf/doc/20195-1442-4-30.pdf>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARIA PAULA LEON  
MARGARITA CUERVO

Mai 2017

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

schaft nicht geringer zu bewerten. Die ELN hat es ebenfalls geschafft, sich in Zonen zu positionieren wo das Fehlen staatlicher Präsenz evident, die infrastrukturelle Anbindung prekär und natürliche Ressourcen reichhaltig vorhanden sind, wie zum Beispiel im Department Arauca<sup>9</sup>.

Aber auch die paramilitärische Gruppe AUC konnte sich seinerzeit in Gebieten etablieren, die vom Staat vergessen schienen. Die auf den Strukturen der demobilisierten AUC aufbauenden BACRIM (Kriminelle Banden), versuchen heute das soziale Leben in diesen ehemalige Regionen der Paramilitärs zu regulieren, zum Teil durch "soziale Säuberungen", um so die Präsenz anderer Banden, sowie von Drogenkonsumenten, Homosexuellen oder Transsexuellen zu kontrollieren<sup>10</sup>. Außerdem gibt es noch weitere Organisationen, die sich dem illegalen Bergbau, der Kokain-Produktion oder dem Abbau von Smaragden widmen und in den Gegenden, wo sie eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung erfahren, auch eine Art soziale Ordnung aufbauen.

### **Aber das Problem ist nicht nur der bewaffnete Konflikt...**

Eine mangelnde staatliche Präsenz in Konfliktregionen sowie in entlegenen Regionen ist jedoch nicht das einzige Problem. Es überrascht, dass selbst in Regionen, wo der Staat wirklich Präsenz zeigt und die nicht als Konfliktzonen gelten, ebenfalls Schwächen in der Umsetzung öffentlicher Aufgaben zu beobachten sind.

So existierte zum Beispiel in Bogotá, nur 600 Meter vom Regierungsviertel entfernt, die sogenannte "Bronx", ein Stadtviertel, das 20 Jahre lang als Epizentrum des Verbrechens galt. Kinderprostitution, Entführungen, Folter, Mord, Kleinhandel mit den

verschiedensten Drogen und Raubüberfälle waren nur einige der Risiken, denen jeder ausgesetzt war, der sich der Zone näherte. Die Lösung der Stadtverwaltung war die gleiche, die vor ca. 20 Jahren im Stadtviertel "El cartucho" (Vorgänger der "Bronx") vorgenommen wurde: Eindringen, Räumung, Säuberung und Verhaftungen. Aber auch wenn viele Bürger mit dem Vorgehen einverstanden waren, ist zu erwarten, dass über Kurz oder Lang sehr wahrscheinlich eine neue "Bronx" – oder mehrere – an anderer Stelle und mit anderem Namen, aber derselben Problematik entstehen wird.

Um ein anderes Beispiel zu nennen; in Städten wie Quibdó, wo durchschnittlich jährlich 12 mal so viel Regen fällt wie in Berlin, ist die Versorgung mit Trinkwasser trotz der sintflutartigen Niederschläge prekär. In einigen Gegenden der Stadt haben die Bewohner 20 Stunden am Tag Zugang zu Trinkwasser, während andere nur für 12 Stunden täglich mit Wasser versorgt werden und wieder andere haben überhaupt keinen Zugang zur Trinkwasserversorgung; das zeigt ganz klar ein Verwaltungsproblem bei den zuständigen staatlichen Institutionen. Außerdem kommt es in vielen kolumbianischen Großstädten aufgrund der Landflucht zu illegalen Ansiedlungen, in denen Tausende von Menschen keinen Zugang zur notwendigen Infrastruktur oder zur Versorgung mit öffentlichen Diensten haben. So entstanden und entstehen auch in Bogota ganze Stadtteile, die illegal besiedelt wurden und von der Regierung noch nicht mit Strom, Wasser oder Gas versorgt werden konnten. Allein in der Hauptstadt Bogotá existieren 214 solcher Stadtviertel.

Das alles zeigt, dass grundlegende Aufgaben des Staates dessen Kapazitäten übersteigen, sowohl in der Hauptstadt Bogota, als auch in den Regionen. Die Medien berichten auch immer wieder über Fälle von Bürgern, die es vorziehen sich nicht an staatliche Autoritäten zu wenden und zum Beispiel die Justiz in die eigene Hand nehmen. In einigen Städten ist es üblich, Diebe, die auf frischer Tat ertappt werden, zu umzingeln, zu entkleiden und zu verprügeln, vor allem aus Verzweiflung über die Unsicherheit und das fehlende Vertrauen in die

<sup>9</sup> Hubert Gehring y Margarita Cuervo (2017), "Colombia en el tránsito hacia una paz sostenible: arranca el proceso con el ELN en medio de la implementación de los acuerdos con las Farc", verfügbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_47877-1522-4-30.pdf?170207175925](http://www.kas.de/wf/doc/kas_47877-1522-4-30.pdf?170207175925)

<sup>10</sup> El Espectador, 19.04.2016, "El informe que desnuda la "limpieza social" en Colombia", verfügbar unter: <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/el-informe-desnuda-limpieza-social-colombia-articulo-628092>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARIA PAULA LEON  
MARGARITA CUERVO

Mai 2017

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

Justiz. Außerdem organisiert die Gemeinschaft in vielen Stadtteilen vorbeugende Schutzmaßnahmen, wie das Durchsuchen und Festsetzen von Verdächtigen sowie eine Videoüberwachung, um so selbst einen gewissen Grad an Sicherheit zu schaffen.

In mehreren Studien<sup>11</sup> wurde festgestellt, dass in Kolumbien das Modell der Dezentralisierung nicht wirklich funktioniert. Unter anderem weil die Lokalregierungen, obwohl sie einer strikten Gesetzgebung unterliegen, die ihre Aufgaben klar definiert, nicht immer über die entsprechenden Instrumente und Finanzen verfügen, um die Vorschriften zu erfüllen und eine effiziente Verwaltung zu realisieren. Ein besonders evidenter Fall, der mehrere Aspekte des Problems offenlegt, war die Hochwasser- und Flutkatastrophe in Mocoa, bei der Anfang April 2017 über 300 Personen umkamen und noch über 500 weitere vermisst werden. Bereits vor neun Monaten hatten kolumbianische Behörden, die Regionalverwaltung des Departments Putumayo, die Stadtverwaltung von Mocoa und andere öffentliche Einrichtungen auf die große Gefahr hingewiesen, der die Bevölkerung des Ortes ausgeliefert sei. Da es jedoch an einem aktualisierten Plan der territorialen Neuordnung fehlte, wurden die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung der danach folgenden Tragödie nicht ergriffen<sup>12</sup>.

### **Staatliche Legitimität und Glaubwürdigkeit der Institutionen aus der Sicht der Bevölkerung**

Ein weiteres strukturelles Problem des kolumbianischen Staates ist die wachsende Legitimitätskrise seiner Institutionen.

In Kolumbien wird die Transparenz der Regierung oft in Zweifel gezogen. Korruptions-

fälle, die von Kontrollinstanzen und Medien angezeigt werden, verstärken noch das ohnehin schwache Vertrauen der Kolumbianer in ihre Institutionen. Auch die Gesundheitsversorgung und die Bildung machen hier keine Ausnahme. Jährlich werden in den Bereichen mindestens ca. 50 Milliarden kol. Pesos (etwa 15 Millionen Euro) unterschlagen<sup>13</sup>.

In dem Zusammenhang muss auch der Fall Odebrecht erwähnt werden, der kürzlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Lateinamerika und auch in Kolumbien erregt hat. Die Firma erklärte, dass in Kolumbien Bestechungsgelder an mehrere Personen gezahlt wurden, um so die Ausschreibungen für öffentliche Großprojekte zu gewinnen; außerdem wurden anscheinend auch die Wahlkämpfe von drei kolumbianischen Präsidentschaftskandidaten von Odebrecht mitfinanziert<sup>14</sup>. Nach bisherigem Stand der Ermittlungen sind Großunternehmer, ehemalige Minister, Baufirmen, ehemalige Präsidenten, Parlamentarier und eventuell sogar der jetzige Staatspräsident in den Skandal verwickelt.

Das Schlimmste im Zusammenhang mit diesem und anderen Korruptionsfällen ist jedoch die Straffreiheit. Während in Kolumbien zum Beispiel ein Mann drei Jahre im Gefängnis saß, weil er einen Käse im Supermarkt gestohlen hatte, zwei Frauen wegen des Diebstahls von zwei Deodorants zu sieben Monaten Haft verurteilt wurden oder ein Jugendlicher 5 Jahre Gefängnis bekam, weil er seiner Schwester ein Tablet gestohlen hatte<sup>15</sup>, landet durchschnittlich nur eine von vier Personen, die in Korruptionsfälle verwickelt sind, im Gefängnis<sup>16</sup>. Die Bevölkerung empfindet jedoch nicht nur die

<sup>11</sup> Zum Beispiel: "Descentralización en-clave de paz" (Red Rinde, 2014), "Diseños institucionales para la gestión territorial de la paz" (Red Rinde, 2016), "25 años de la descentralización en Colombia" (Fundación Konrad Adenauer Colombia, 2010)

<sup>12</sup> Semana Sostenible, 01.04.2017, "Hace 9 meses estudios advertían de tragedia en Mocoa", verfügbar unter: <http://sostenibilidad.semana.com/medio-ambiente/articulo/mocoa-corporamazonia-advirtio-de-la-tragedia-por-deforestacion/37471>

<sup>13</sup> El País, 22.01.2017, "Cada año, la corrupción les roba \$50 billones de pesos a los colombianos", verfügbar unter:

<http://www.elpais.com.co/colombia/cada-ano-la-corrupcion-les-roba-50-billones-a-los-nos.html>

<sup>14</sup> Spezialausgabe der Silla Vacía über den Fall Odebrecht, verfügbar unter:

<http://lasillavacia.com/odebrecht>

<sup>15</sup> El Colombiano, 9.07.2015, "10 condenas inverosímiles por delitos menores en Colombia", verfügbar unter: <http://www.elcolombiano.com/colombia/10-condenas-duras-por-delitos-menores-IJ2281921>.

<sup>16</sup> Revista Portafolio, 18.08.2016, "En Colombia uno de cada cuatro corruptos paga cárcel", verfügbar unter: <http://www.portafolio.co/economia/gobierno/indice-de-corrupcion-en-colombia-2016-499663>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARIA PAULA LEON  
MARGARITA CUERVO

Mai 2017

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

Straffreiheit in Korruptionsfällen als ungerecht. Gemäß einer Studie von LAPOP und der Universität de los Andes, sind 54,2 % der Kolumbianer der Ansicht, dass im juristischen System des Landes prinzipiell eine hohe Straflosigkeit herrscht<sup>17</sup>.

Diese große Anzahl von nicht geahndeten Straftaten stellt die Glaubwürdigkeit und die Transparenz staatlicher Institutionen in Frage. Anhand von Statistiken ist das ganze Ausmaß des Problems der Legitimität in Kolumbien erkennbar: Anfang des Jahres ergab eine Umfrage, dass der Staatspräsident von 71% der Befragten abgelehnt wird, dem Kongress stehen 79% kritisch gegenüber, das Justizsystem wird sogar von 82% für unglaubwürdig gehalten und 52% haben ein negatives Bild von der Polizei. Erstmals wurde auch die Korruption von 85% der Befragten als größtes Problem des Landes angesehen<sup>18</sup>.

Am 1. April riefen einige Sektoren aus Politik und Gesellschaft zu einem Protestmarsch auf, der eine große Mobilisierung gegen die Korruption zu sein schien. Gleichzeitig zeigten jedoch Tausende von Teilnehmern mit Fahnen, Transparenten und „Dummies“ des Präsidenten ihre Unzufriedenheit mit der Regierung Santos und der FARC, was die Demonstration zu einem Protest gegen die aktuelle Regierung werden ließ. Zahlreiche Parlamentarier, vor allem von den Parteien Centro Democrático und Partido Conservador demonstrierten mit Slogans wie: „Es wird Zeit, dass Santos aus „la Casa de Nariño“ (dem Wohn- und Regierungssitz des Präsidenten) verschwindet“.

### **Was ist wichtiger, der Frieden oder die Konsolidierung des Staates?**

Es gibt keine endgültige Antwort auf die Frage und es sollte auch keine der beiden Alternativen bevorzugt behandelt werden. Im Gegenteil, beide Ziele müssen parallel

verfolgt werden, weil es letztendlich zwei Seiten derselben Medaille sind.

Die öffentliche Meinung erwartet im Moment, dass der kolumbianische Staat alle juristischen und strukturellen Instrumente einsetzt, damit die demobilisierten Guerilleros der FARC im Postkonflikt erfolgreich in die Gesellschaft integriert werden. Damit werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich der über 50 Jahre andauernde bewaffnete Konflikt nicht wiederholen kann.

Bis jetzt hat der Kongress ein Gesetz für Amnestie und Begnadigung sowie die „Sonderrechtsprechung für den Frieden“ verabschiedet. Außerdem präsentierte eine Expertenkommission, im Friedensabkommen von Havanna als Misión Electoral Especial (spezielle Wahlmission) (MEE) bezeichnet, ihre Empfehlungen für eine Reform des politischen Systems und des Wahlsystems in Kolumbien.

Ohne die Umsetzung der Friedensvereinbarungen gering schätzen zu wollen, ist es jedoch auch unabdingbar, dass die kolumbianische Regierung gleichzeitig an der Lösung der drei genannten strukturellen Probleme arbeitet, vor allem weil sie ein Hindernis für eine wirkliche und dauerhafte Konsolidierung des Friedens darstellen.

Auch wenn es eine Arbeit an mehreren Themenfronten voraussetzt, sollte die Überproduktion von Gesetzen in Kolumbien eingeschränkt werden, um das System zu vereinfachen, die Effizienz des Staates zu fördern und zu verhindern, dass das Abkommen mit der FARC sich in ein weiteres Problem für den Staat verwandelt. Weiterhin erscheint es notwendig, dass die Regierung stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in den einzelnen Regionen des Landes eingeht. Dadurch könnten auch die Kompetenzen der lokalen Regierungen gestärkt und die Leistungen des Staates auf das gesamte Land ausweitend werden. Letztendlich ist es auch entscheidend, dass der Präsident eine stabile und transparente Kommunikation mit der gesamten Bevölkerung schafft, um so das Vertrauen sowie seine Legitimität und Glaubwürdigkeit wieder herzustellen.

<sup>17</sup> LAPOP und Universidad de los Andes (2015), „Cultura política de la democracia en Colombia, 2015: actitudes democráticas en zonas de consolidación territorial“.

<sup>18</sup> La Silla Vacía, 02.03.2017, „Las 10 conclusiones demoledoras de la Gallup“, verfügbar unter: <http://lasillavacia.com/historia/las-diez-conclusiones-demoledoras-de-la-gallup-59964>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARIA PAULA LEON  
MARGARITA CUERVO

Mai 2017

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

Vor diesem Hintergrund wäre es vielleicht ein guter Anfang, die Parameter für die Bewertung der Arbeit des Kongresses zu hinterfragen, um die Arbeit des Staates effizienter zu gestalten. Auch sollte geprüft werden, ob die Dezentralisierung in Kolumbien in der Vergangenheit wirklich effizient gefördert wurde oder ob es sich in einigen Fällen eher um eine „Entkonzentrierung“ oder lediglich um eine Delegation von Aufgaben handelte. Und nicht zuletzt müssen die Probleme identifiziert und gelöst werden, die jahrelang eine gewisse Informalität vor allem auf dem Arbeitsmarkt gefördert haben; dies könnte auch ein erster Schritt zur Verbesserung der Effizienz des kolumbianischen Staates sein.

Bleibt die Frage, ob die Verantwortung für eine Konsolidierung der demokratischen Institutionen ausschließlich beim Staat liegt oder ob die Bevölkerung auch eine Rolle in dem Prozess spielt. Daher sollten vielleicht auch die Bürger ihr Verhältnis zu staatlicher Autorität und Rechtsordnung hinterfragen und prüfen, ob sie nicht die bestehenden Normen oftmals eher zum eigenen Vorteil als für das Gemeinwohl nutzen.

Eine weitere Herausforderung, die von Staat und Gesellschaft gemeinsam angegangen werden muss, ist das Schaffen einer Bürgerkultur, die auf Großzügigkeit, Pluralität, Respekt vor Andersdenkenden sowie dem Interesse am friedlichen Zusammenleben in einer Gemeinschaft beruht. Grundlagen könnte man diesbezüglich schon im Kindergarten und der Grundschule vermitteln. Bleibt als Schlussfolgerung, dass mit kurzfristigen Erfolgen nicht zu rechnen ist. Auch für Kolumbien gilt das alte Sprichwort – „der Weg ist das Ziel“.